Anrede (3 Mächte)

Ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf folgendes mitzuteilen:

- 1. Wie zwischen unseren beiden Regierungen besprochen, besteht die Absicht, sobald wie möglich, spätestens mit Herstellung der deutschen Einheit, in Verhandlungen über
 - den Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23.10.1954
 - das Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3.8.1959
 - den Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23.10.1954 ("Überleitungsvertrag"), soweit noch einschlägig
 - [- für Frankreich: Bezugnahme auch auf dt.-frz. Briefwechsel vom 21. Dezember 1966.]

einzutreten.

Ziel der Verhandlungen wird es sein, die vertraglichen Verpflichtungen der neuen Lage anzupassen sowie Änderungen in
Bereichen zu erwirken, die wegen anderer Umstände einer Neuregelung bedürfen. Hierzu zählen insbesondere die Bereiche
Bindung an deutsches Recht, Manöver und Übungen, militärischer
Luftverkehr, Strafgerichtsbarkeit (einschl.
Todesstrafenproblematik), Liegenschaften, Umweltschutz sowie

Todesstrafenproblematik), Liegenschaften, Umweltschutz sowie zivile Arbeitnehmer.

Anschrift

- 2. Bis zum Zeitpunkt einer Neuregelung gelten die jeweiligen vertraglichen Regelungen grundsätzlich fort. Ihr bisheriger räumlicher Geltungsbereich wird sich durch die Herstellung der deutschen Einheit nicht ändern.
- 3. Beide Seiten sind jedoch einverstanden, daß die bestehenden Verträge, soweit und solange sie fortgelten, in einer Weise angewandt werden, die der neuen Lage Rechnung trägt, insbesondere dem Umstand, daß die deutsche Einheit hergestellt und die Rechte der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes mit Herstellung der deutschen Einheit suspendiert und mit Inkrafttreten der abschließenden völkerrechtlichen Regelung aufgehoben werden.

Falls sich die Regierung der mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden.

Schlußformel